Die Neue Gesellschaft 2

1975
22. Jahrgang

Herausgegeben
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von
Willy Brandt
Prof. Dr. Reimut Jochimsen
Prof. Dr. Peter Lengsfeld
Friedel Schirmer
Prof. Dr. Carlo Schmid
Prof. Dr. Dr. Theodor Strohm
Heinz O. Vetter

Verlag Neue Gesellschaft GmbH
53 Bonn-Bad Godesberg, Kölner Straße 149,
Telefon (0 22 21) 88 31
Postscheckkonto Köln 560 70–500
Bank: Bank für Gemeinwirtschaft,
Bonn, Nr. 10 11 35 06
Druck: Vorwärts-Druck, 53 Bonn-Bad Godesberg,
Kölner Straße 108–112

Redaktion:
Herbert Wehner (Chefredakteur)
Dr. Heinz Dieter Bauer
Dr. Karl-Ludolf Hübener (verantwortlich)
Hans Schumacher
Anschrift der Redaktion:
53 Bonn, Bundeskanzlerplatz
Bonn-Center A III 502
Telefon 22 50 73, 22 50 83

Redaktionsbeirat:
Helmut Schmidt (Vorsitzender)
Bruno Friedrich
Joachim Steffen
Dr. Werner Thönnessen
Dr. Hans-Jochen Vogel

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug durch die Post, den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.
Einzelheft 3,– DM, Halbjahresabonnement 15,– DM zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage vor Halbjahresende.
Studentenabonnement (nur Kalenderjahr) gegen Vorlage einer Studienbescheinigung 20,– DM zuzüglich Versandkosten. Bestellung nur direkt beim Verlag. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

Im Bezugspreis sind 5,5 % Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 7

Zum Inhalt

Zum herausragenden innerparteilichen Ereignis des Monats Januar – sieht man von aktuellen Geschehnissen ab – zählt zweifelsfrei die Außenpolitische Bundeskonferenz der SPD (17.–19. Januar), die sich drei Aufgaben gestellt hatte: 1. die internationale Lage zu analysieren, 2. keine Beschlüsse zu fassen, aber Orientierungspunkte für die weiteren außenpolitischen Bemühungen zu markieren und 3. deutlich zu machen, „daß die Sozialdemokraten nicht nur Leistungen zu vertreten haben, sondern in die deutsche Außenpolitik weiterhin Eigenes und Wesentliches einzuführen wissen" (Willy Brandt).

Neu an einer derartigen Konferenz war sicherlich, daß angesehene Persönlichkeiten aus Ost und West und aus der Dritten Welt hinzugezogen wurden, womit die größte Partei, wie der Parteivorsitzende in seiner Abschlußrede betonte, unter anderem sichtbar machen wollte, „daß die Lösung vieler Probleme unseres Landes nur noch im europäischen und weltweiten Rahmen gefunden werden kann". Brandts Fazit aus allen Referaten und Berichten: „Man muß die drei großen Verflechtungszusammenhänge sehen, in denen die Außenpolitik unseres Landes steht. Also die Beziehungen zum Westen, das Ost-West-Verhältnis sowie die globalen Probleme, in die sich einbettet das zentrale Problem der Entwicklung des ärmeren Teils der Menschheit."

Sicherlich konnte und sollte die Konferenz keine abschließenden Berichte vorlegen, sie sollte vielmehr der außenpolitischen Diskussion in der Partei Anstöße geben und zu weiterem Nachdenken, das bestimmt auch in dieser Zeitschrift künftig seinen Niederschlag finden wird, anregen. In diesem Sinne sind auch die NG-Beiträge zur Konferenz zu verstehen. Und als konkrete Beispiele zur internationalen Thematik: das nicht zuletzt wegen der Auseinandersetzung zwischen Sozialisten und Kommunisten im Brennpunkt internationalen Interesses stehende Portugal (Ernst Piehl) und Regionalpolitik (Karl Kühne).

Künftig wird sich die NG auch verstärkt in die Diskussion um den Orientierungsrahmen '85 einschalten, der wegen anstehender Landtagswahlen in einigen Bundesländern von den dortigen Genossen vorläufig kaum aufgearbeitet werden kann, wollten sie nicht die näherliegende Aufgabe, der SPD zu Stimmen und Siegen zu verhelfen, vernachlässigen. Nachdem in diesem Heft zum Auftakt Herbert Ehrenberg – „Notwendigkeiten und Grenzen langfristiger Planung" – und nicht ausdrücklich, aber in einem grundsätzlichen Sinne Joachim Steffen – „Versuch über verbindliche Grundwerte" – den Orientierungsrahmen anpacken, wird sich das April-Heft ausführlicher dem sogenannten Langzeitprogramm widmen.

Bei aller Aufmerksamkeit für Zukunftsperspektiven sollte nicht die Vergangenheit untergehen: Einen Artikel dokumentarischen Charakters schickte Wilhelm Kaisen, der der SPD seit nunmehr 70 Jahren angehört und der „in der Form der einfachen Erzählung einiges über die Kämpfe unserer Partei um die Jahrhundertwende" (Kaisen) berichtet. – Am 28. Februar jährt sich zum 50. Mal der Todestag Friedrich Eberts, dessen Erscheinungsbild und Politik nicht nur in der Geschichtsschreibung zu heftigen Kontroversen geführt hat. Susanne Miller rückt einiges zurecht, setzt aber auch Fragezeichen.

Einige Artikel mit aktuellem Bezug ergänzen das Heft: so u. a. ein Thema zur nordrhein-westfälischen Landtagswahl – Jürgen Büssows „Ruhe ist nicht die erste Bürgerpflicht oder Richtlinien für den Politikunterricht" –, zum Juso-Bundeskongreß: „Für eine neue Juso-Praxis" und – indirekt – Michael Hoffmanns „Politische Arbeit mit Hauptschülern", sowie zur Arbeitsplatzsicherung Michael Müller.

Seite	Autor	Titel
92	Joachim Steffen	Versuch über verbindliche Grundwerte
98	Herbert Ehrenberg	Notwendigkeiten und Grenzen langfristiger Planung
101	Wilhelm Kaisen	Die SPD vor 70 Jahren
106	Susanne Miller	Friedrich Ebert – das Problem von Führung und Masse
		Außenpolitische Konferenz der SPD
110	Hans Schumacher	Ostpolitik – Dialog und Entspannung
114	Dieter Bauer	„Außen" ist „innen"
117	Karl-Ludolf Hübener	Dritte Welt – Konfrontation oder Partnerschaft?
122	Ernst Piehl	Klärungsprozeß in Portugal
126	Karl Kühne	Regionalproletariat und „Randstadt Europa"
134	Jürgen Büssow	Ruhe ist nicht die erste Bürgerpflicht oder Richtlinien für den Politikunterricht
138	Michael Hoffmann	Politische Arbeit mit Hauptschülern
144	Sven Papcke	Die SPD und der ideologische Machtkampf
147	Günter Markscheffel	Die Lebenserinnerungen eines großen Schweden
149	Michael Müller	Solidarität bedeutet: Arbeitsplatzsicherung hat Vorrang
155	Klaus Heimann/ Hans-Peter Altrogge/ Jochen Stemplewski	Für eine neue Juso-Praxis
158	Jürgen Reese	Bürger wider den Sozialstaat
161	Günther Metzger	Weiterentwicklung der deutsch-deutschen Sportbeziehungen
168	Martin Gralher	Der Bundesrat – eine föderale Lösung
173		Kritik
176		Mitarbeiter dieses Heftes

sagt, darauf Einfluß zu nehmen. Erst als die bis dahin Herrschenden sich der Verantwortung für die Niederlage entzogen, wurde ihr die Regierungsmacht aufgenötigt. Und sie war bereit, wie Ebert es ausdrückte, „in die Bresche zu springen", unerfahren im Geschäft des Regierens und unvorbereitet auf die überwältigenden Schwierigkeiten eines besiegten Landes.

Der durch die Struktur des Kaiserreiches bedingten Zwiespältigkeit der Sozialdemokratie in ihrer Stellung in Staat und Gesellschaft entsprach ihr Selbstverständnis und ihre Propaganda: Die Verheißung des „Endziels" — des „Zukunftstaates", der „sozialisierten Gesellschaft" — auf der einen Seite und die geduldige Reformarbeit — der Tageskampf um Wahlrechtsänderung, Sozialpolitik, demokratische Rechte — auf der anderen Seite. Eine programmatisch begehbare Brücke zwischen dem „Endziel" und dem Tageskampf wurde nicht geschlagen. Die so entstandene Lücke war ein altes Vermächtnis, dokumentiert und verfestigt durch das Erfurter Programm von 1891. Will man die in der Revolution offenbar gewordene Kluft zwischen Führung und Masse auf eine Formel bringen, könnte man simplifizierend sagen, die Führung hielt sich an die „nächsten Forderungen" dieses Programms, während die Masse unmittelbare Schritte auf das „Endziel" hin erwartete. In diesem Zusammenhang sei an die scharfsinnige Analyse Arthur Rosenbergs erinnert: „Was sich in der deutschen Revolution rächte, war die unzulängliche politische Schulung der deutschen Sozialdemokratie vor 1914. Wenn man überhaupt einen einzelnen Schuldigen suchen will, dann hätte es viel mehr historische Berechtigung, August Bebel zu nennen, als Ebert oder Scheidemann." (Geschichte der deutschen Republik, Karlsbad 1935, S. 37.)

Als einen „Exponenten des Umbruchs" hat Willi Eichler den ersten deutschen Reichspräsidenten charakterisiert. Als Parteivorsitzender übernahm Ebert die Nachfolge Bebels, als Staatsoberhaupt die des Hohenzollers Wilhelm II. Dieses gegensätzliche Erbe zu einer funktionierenden Synthese zu gestalten, war sein Bemühen. Es gelang ihm nicht.

Hans Schumacher: Ostpolitik — Dialog und Entspannung

Nach den Worten Erhard Epplers sollte die Außenpolitische Konferenz der SPD vom 17. bis 19. Januar in Bonn der Partei und der Öffentlichkeit Klarheit über die Position unseres Landes in der Welt bringen, sie sollte die Frage beantworten, wo unsere Außenpolitik sich bewährt und wo es Schwierigkeiten gegeben habe, und schließlich sollte sie helfen, die außenpolitische Diskussion auf dem Mannheimer Parteitag der SPD im November 1975 zu erleichtern. Nach über fünf Jahren „neuer deutscher Ostpolitik" — sieht man von den von der CDU blockierten Versuchen des damaligen Außenministers in der Großen Koalition vor den Bundestagswahlen 1969 ab — scheint es durchaus an der Zeit, sich über das Rechenschaft zu geben, was zu so gründlichen Veränderungen in Europa, vielleicht sogar in der Welt, beigetragen hat.

Aus den Staaten des Warschauer Pakts nahmen an der Konferenz für den Bereich „Ostpolitik — Ausgleich und Dialog" zwei Gäste teil: die Professoren Dr. Nikolai Inosemzew (Direktor des Moskauer Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen und Kandidat des ZK der KPdSU) und Botschafter Dr. Marian Dobrosielski (Direktor des Warschauer Instituts für internationale Angelegenheiten).

Ihre Teilnahme demonstrierte bereits eines der wichtigsten Ergebnisse der Entspannungspolitik: die Möglichkeit eines Dialogs über die Grenzen der ideologischen und militärischen Blöcke hinweg. Auch die Art und Weise, wie dieser Dialog geführt wurde, zeigt die gewaltigen Veränderungen, die in den letzten fünf Jahren im Ost-West-Verhältnis erreicht wurden. Man bemühte sich auf beiden Seiten um Verständnis für die Argumente der anderen, Polemik wurde vermieden, Gegensätze in den Auffassungen wurden angesprochen und mit erstaunlicher Offenheit diskutiert. Daß bei der Diskussion eben dieser Gegensätze einige Mißverständnisse aufgedeckt und beseitigt werden konnten, zeigt die Nützlichkeit solcher Dialoge.

Die Beziehungen zu Polen

Ein solches Mißverständnis hatte zu Einwänden des polnischen Teilnehmers gegen eine Passage in der Rede des Bundeskanzlers bei Eröffnung der Konferenz geführt. Helmut Schmidt hatte gesagt, die Ostpolitik der sozialliberalen Koalition werde ihre Abrundung erfahren, „wenn eine weitere Verständigung mit Polen erreicht sein wird, d. h. wenn es gelingt, wichtige Probleme wie die Familienzusammenführung oder den Abschluß eines Rentenabkommens zu lösen. Erst dann erscheint es möglich, die wirtschaftliche Kooperation und die Fragen ihrer Finanzierung in Angriff zu nehmen." So sehr sich Marian Dobrosielski darüber befriedigt zeigte, daß in der Rede Helmut Schmidts zum ersten Mal von offizieller deutscher Seite sowohl von Familienzusammenführung als auch von einem Rentenabkommen gesprochen wurde, so sehr wehrte er sich gegen den Bedingungscharakter, der ihm hier enthalten schien: erst die entsprechenden Abkommen und dann könne man über weiteres reden. Die Polen wollten keine Politik der Junktims und Bedingungen. Die deutsche Seite — und besonders Egon Bahr — konnte den polnischen Referenten beruhigen. Keineswegs habe der Bundeskanzler mit der betreffenden Passage seiner Rede Bedingungen stellen wollen. Vielmehr habe er gemeint, daß es sinnvoll sei, sich in nächster Zeit mit möglichst ganzer Kraft auf die Komplexe Familienzusammenführung und Rentenabkommen zu konzentrieren, denn Fortschritte hier müßten notwendigerweise Fortschritte auf anderen Gebieten begünstigen. Helmut Schmidt habe einen natürlichen Ablauf der Dinge bezeichnen und kein Junktim errichten wollen.

Die Beziehungen mit Polen hatte Egon Bahr in seinem Einleitungsreferat insgesamt als die schwierigsten bezeichnet. Die größten Fortschritte hätten sich in den Beziehungen zur Sowjetunion erreichen lassen, die DDR stünde irgendwo dazwischen. „Mit der Volksrepublik Polen konnten keine Vereinbarungen erreicht werden, die es gestatteten, die Belastungen der Vergangenheit zu überwinden. Die Enttäuschung darüber soll nicht unterdrückt werden. Sie sollte aber keine der beiden Seiten zu einer Haltung der Resignation führen. Wir können hier wie drüben wie bisher leben, aber zu einem verbesserten Klima in Europa gehört auch ein verbessertes Klima zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen, die so viele parallele Interessen an der Entspannung in Europa haben." (Egon Bahr)

Marian Dobrosielski widersprach im Arbeitskreis „Ostpolitik" zumindest teilweise der Beschreibung der deutsch-polnischen Beziehungen durch Egon Bahr. Es stimme nicht in dieser Ausschließlichkeit, daß keine Vereinbarungen erreicht worden seien, die die Belastungen der Vergangenheit hätten überwinden können. Eine Reihe von Vereinbarungen sei getroffen worden, durch die wenigstens ein Teil dieser Belastungen abgebaut worden sei. Und „wenn die Dinge mit Polen so schwierig" (Bahr) sind, dann müsse man sich natürlich auch fragen, warum dies so sei. Nicht nur die deutsche Seite sei enttäuscht, die polnische Seite sei es auch. Aber: „Wir sollten es nicht bleiben." Die aufgetretenen Schwierigkeiten bedeuteten nicht, daß man in Resignation verfallen dürfe. „Für uns sind gute Beziehungen in Europa lebensnotwendig. Solange zwischen Polen und der Bundesrepublik Deutschland Spannung herrscht, herrscht trübes Wetter in Europa."

Beide Seiten — sowohl die polnische wie die deutsche — bemühten sich spürbar, ihren Willen zur Entspannung und zur Verständigung deutlich werden zu lassen.

Die Beziehungen zur UdSSR

Gleiches gilt für die Diskussionsbeiträge des sowjetischen Korreferenten Nikolai Inosemzew. Mit einer gewissen Spannung waren nach dem Scheitern der Handelsvereinbarungen zwischen der UdSSR und den USA seine Äußerungen über die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen erwartet worden. Inosemzew plädierte für eine weitere Fortsetzung der Entspannungspolitik zwischen USA und UdSSR, wenn es auch einige Probleme zu überwinden gelte, wie das Beispiel des Handelsabkommens gezeigt habe. „Aber wir haben keinen Grund, die Probleme zu vergrößern." Der eingeschlagene Weg müsse weitergegangen werden, um eine Fortsetzung des Entspannungsprozesses müsse man sich bemühen.

„Der Prozeß ist kompliziert, weil die internationalen Beziehungen kompliziert sind. Und die Außenpolitik wird durch die Innenpolitik mitbetroffen." Letzteres sagte Inosemzew wohl mit Blick auf die amerikanische Haltung bei der Frage einer Handelsvereinbarung mit der UdSSR.

Über Entspannung als nicht nur taktische, kurzfristige Erscheinung, sondern als langfristig anzustrebendes Ziel war man sich also einig. Die Frage war nur, wie der Entspannungsprozeß fortgesetzt bzw. vielleicht sogar beschleunigt werden könnte.

Wirtschaftliche Beziehungen

Das Gebiet, auf dem im Entspannungsprozeß zwischen Ost und West bislang die größten Fortschritte gemacht wurden, ist das Gebiet der wirtschaftlichen Beziehungen. Und dies trotz der Tatsache, daß nach übereinstimmender Aussage von Helmut Schmidt und Nikolai Inosemzew die Gegensätze in der Welt in zunehmendem Maße mit wirtschaftspolitischen Mitteln ausgetragen werden. Wirtschaftliche Beziehungen also als Wegbereiter und notwendige Begleiterscheinung politischer oder militärischer Entspannung.

Im Arbeitskreis „Ostpolitik" wurde allerdings die Frage aufgeworfen, ob zunehmende wirtschaftliche Beziehungen nicht auch eine zunehmende wirtschaftliche Abhängigkeit bedeuteten, beispielsweise der Bundesrepublik von der Sowjetunion. Ob mit einer solchen wirtschaftlichen Abhängigkeit der Bundesrepublik nicht auch für die Sowjetunion die Möglichkeit eröffnet würde, wirtschaftlichen und damit politischen Druck auf die Bundesrepublik auszuüben. Diese Frage wurde übereinstimmend verneint. Schon die Zahlen (der gesamte Osthandel der BRD hat ein Volumen wie das des Handels mit der Schweiz) zeigten, daß im Augenblick sicher nicht von Abhängigkeit in irgendeiner Form gesprochen werden könne und eine einseitige Abhängigkeit auch für die Zukunft nicht zu erwarten sei.

Bei Ausweitung des Handelsvolumens müsse man eben – um eine einseitige Abhängigkeit zu vermeiden – die wirtschaftlichen Beziehungen so ausgestalten, daß jede Störung dieser Beziehungen beiden Partnern gleichermaßen schadete. Konkret hieße dies etwa, daß es von bundesdeutscher Seite nicht zu einem Röhrenboykott kommen dürfe – wie seinerzeit unter der Kanzlerschaft Ludwig Erhards geschehen – und von sowjetischer Seite nicht zu einem Zudrehen der Öl- und Gashähne. Einseitige Abhängigkeit sei von Übel, gegenseitige Abhängigkeit dagegen geradezu erwünscht, denn je verflochtener und intensiver die wirtschaftlichen Beziehungen seien, desto schwieriger sei es auch, sie zu stören, ohne sich selbst Schaden zuzufügen.

Von sowjetischer Seite wurde diesem Gedankengang noch ein spezifisch sowjetisches, nichtsdestoweniger sehr wichtiges Argument für das Nichtvorhandensein der Gefahren, die die hiesigen Entspannungsgegner allzu häufig mit viel schwarzer Farbe an die Wand malen, angeführt: Der jetzige Fünfjahresplan in der Sowjetunion ist Teil eines Perspektivplans, der bis 1990 reicht. Die UdSSR muß schon aus gesundem Eigeninteresse daran interessiert sein, daß keine größeren Störungen bei der Erfüllung dieses Plans auftreten – auch nicht von außen.

Als sozusagen westliche Anmerkung kann man hinzufügen, daß gerade denjenigen, die nicht Anhänger einer zentralen Planwirtschaft sind und ihr – sicher teilweise zu Recht – eine gewisse Starrheit und Schwerfälligkeit nachsagen, ein solches Argument für die langfristige Vertiefung der wirtschaftlichen Beziehungen im Interesse der Entspannung und des Friedens einleuchten muß. Denn falls die aus dem Westen importierten Güter – die sich häufig durch eine hochentwickelte Technologie auszeichnen – aus irgendwelchen Gründen ausblieben, so brächte dies sicher die sowjetische Volks- und Planwirtschaft mehr durcheinander, als dies beim Ausbleiben von Importgütern aus der UdSSR in der Bundesrepublik der Fall wäre – ein noch lange nicht erreichtes Handelsvolumen von 12 bis 15 Prozent vorausgesetzt.

In diesem Zusammenhang muß die definitive Aussage beider östlicher Gesprächspartner in bezug auf die Krisenerscheinungen des westlichen, kapitalistischen Wirtschaftssystems

interessieren: Beide versicherten übereinstimmend, niemand in den Staaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) sei an wirtschaftlichen Krisen im Westen interessiert. Nicht aus Philantropie, sondern weil mit zunehmender wirtschaftlicher Kooperation diese Krisen sich in Teilaspekten (Preissteigerungen usw.) auch auf das eigene Wirtschaftssystem übertrügen. Kooperation auf wirtschaftlichem Gebiet mit dem Westen strebe man aber an.

Naher Osten

Es liegt nahe, in diesem Zusammenhang an die Spannungen im Nahen Osten und an den von arabischen Staaten angedrohten Ölboykott, an Ölpreissteigerungen und allgemeine Rohstoffverknappung zu denken. Auch hier war man sich einig, daß alles getan werden müsse, um einen neuen Krieg im Nahen Osten zu verhindern. Allerdings wurden – verständlicherweise – konkrete Schritte nicht diskutiert. Deutsche Teilnehmer forderten eine Verstärkung der sowjetischen Friedensanstrengungen im Nahen Osten, während Nikolai Inosemzew nach dem Beitrag der Bundesrepublik fragte.

KSZE – MBFR

Als augenblicklich bedeutsamste Instrumente der Entspannung und Friedenssicherung in Europa wurden von allen Diskussionsteilnehmern die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (Genf) und die Konferenz für gegenseitige und ausgewogene Truppenreduzierung (Wien) betrachtet. Meinungsunterschiede gab es nur bei der Forderung, den multilateralen Dialog nach dem Ende der Konferenz fortzusetzen. Die östliche Seite plädierte – wie in Genf – für eine feste Institution mit klarem Auftrag, von der sie versicherte, diese Institution solle keineswegs – wie hin und wieder im Westen zu hören – Kontrollfunktionen ausüben oder sich zu einer Art europäischem Sicherheitsrat entwickeln. Sinn einer solchen Institution sei vielmehr allein die Garantie, daß der multilaterale Dialog mit wenigen Reibungsverlusten auch nach dem Ende der KSZE weitergehen könne.

Zu dieser Position nahm die deutsche Seite eine differenzierte Stellung ein. Einerseits wurde der Standpunkt verteidigt, ein gewisses zeitliches Intervall vor den nächsten Verhandlungsschritten sei durchaus nützlich, da man in dieser Zeit die Auswirkungen der KSZE-Vereinbarungen sorgfältig beobachten und prüfen könne. Andererseits aber betonte beispielsweise der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Hans-Jürgen Wischnewski, man dürfe in dieser Frage nicht starr sein, sondern eine gewisse Beweglichkeit tue den Verhandlungen in Genf durchaus gut. In seiner Abschlußrede wurde Willy Brand noch deutlicher: „. . . wir gehen davon aus, daß die Genfer Beratungen über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in den nächsten Monaten zu einem Abschluß auf hoher Ebene führen werden. Und um dies gleich hinzuzufügen: Man sollte die KSZE dann nicht in ein Niemandsland entlassen." Als eine konkrete Möglichkeit hatte Kurt Mattick im Arbeitskreis „Ostpolitik" die Anregung gegeben, man könne doch nach Beendigung der KSZE-Verhandlungen die parlamentarischen Organisationen der beteiligten Länder für eine Fortsetzung des Dialogs einsetzen. Jedenfalls hatte man den Eindruck, daß es möglich sein müßte, auch in dieser Frage eine Einigung in Genf herbeizuführen.

Ein Mißverständnis entstand wahrscheinlich durch einen Übersetzungsfehler, konnte aber bald ausgeräumt werden: Aus einer Passage des Referats Nikolai Inosemzews hatten die deutschen Teilnehmer am Arbeitskreis „Ostpolitik" herausgelesen, es bestehe ein Junktim zwischen politischen Fortschritten bei den Entspannungsbemühungen und Verhandlungen über Abrüstung. Verhandlungen über Abrüstung könnten erst dann sinnvoll sein, wenn politische Fortschritte bereits gemacht worden wären. Diese Interpretation wies jedoch der sowjetische Gast entschieden zurück. Eins bedinge das andere, und man müsse gleichzeitig versuchen, die Probleme auf beiden Seiten zu lösen. Vorbedingungen gebe es jedenfalls von sowjetischer Seite nicht.

Ideologie und Gegensatz der Systeme

Bei soviel Einigkeit in der Beurteilung von Notwendigkeiten europäischer Politik mußte

zwangsläufig die Frage nach dem Verhältnis der gegensätzlichen Ideologien der beiden Systeme auftauchen. Auch hier war man sich einig, wenn auch im Gegensatz: Eine Aufweichung der Ideologien oder eine Verwischung der Gegensätze soll und wird nicht eintreten. Aber – und dies scheint für den weiteren Dialog von entscheidender Bedeutung – man ist auf beiden Seiten bereit, das Anderssein der Anschauungen des Dialogpartners zu akzeptieren, vielleicht sogar die Ursachen zu verstehen.

Dies bedeutet in gewisser Weise eine Entideologisierung der Außenpolitik. „Eine Reideologisierung der Außenpolitik ist", so Egon Bahr, „das Ende der Entspannung. Die Zukunft der Welt liegt in der friedlichen Koexistenz und nicht in der Reideologisierung der Außenpolitik."

Daß trotz dieser Einstellung auf beiden Seiten mit zeitweiligen Rückschlägen zu rechnen ist, war allen Beteiligten klar. Beispielsweise wird Entspannung in Europa auch am Krisenpunkt Berlin gemessen werden müssen. Aber der historische Prozeß der Friedenssicherung in Europa wird wahrscheinlich auch durch Rückschläge nicht aufzuhalten sein. Für die Zukunft wird wohl gelten, was Herbert Wehner über die jüngere Vergangenheit sagte: „Es gab Fragezeichen am Weg, aber nicht über die Notwendigkeit, ihn zu gehen."

Dieter Bauer: „Außen" ist „innen" – Europas Paradox und Hoffnung

Was Helmut Schmidt auf der Außenpolitischen Bundeskonferenz der SPD für die Außenpolitik von heute generell kennzeichnend feststellte, gilt für die Politik innerhalb der Europäischen Gemeinschaft seit jeher. Ja, die EG ist gerade unter Auspizien und Intentionen angetreten, die „keine begrenzte Spezialdisziplin weißbärtiger Geheimdiplomaten" möglich werden ließ, sondern gemeinsame Wirtschafts-, Agrar-, Währungs- und andere Politik notwendig zur Folge hatte bzw. haben wird. Indem sie jedoch von den traditionellen bilateralen Politiken Abschied nahm und Lösungen auf transnationaler Ebene zustande zu bringen zum Auftrag hat(te), gewann sie gleichzeitig eine neue Qualität – und wurde eben dadurch zu einer Spezialdisziplin, nur daß Disqualifizierungen wie „begrenzt" und „weißbärtig" ihre Berechtigung verloren.

Erhöhte Interdependenz

Dieser Qualität ist eigen, daß in ihr das „universale System wechselseitiger Abhängigkeit der Nationen und totaler Interdependenz der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen" (Helmut Schmidt) mehr als in anderen zwischenstaatlichen Beziehungen zum Ausdruck kommt und unser Handeln bestimmt. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die EG im wesentlichen „noch immer ‚Außen'-Gemeinschaft" (Hans-Jürgen Wischnewski) ist. So bedauerlich dies sein mag, so offensichtlich wird die Verflechtung der Mitgliedsländer untereinander gerade in diesen Monaten: „Wenn einzelne Partner krank sind, wirkt das auch auf uns." (Wischnewski)

Wenngleich es angesichts der relativen Liquidität und Prosperität der Bundesrepublik paradox klingen mag, muß hinzugefügt werden, daß des Partners Krankheit nicht nur „auch", sondern ganz besonders auf uns „zurückschlägt", ist doch unser Land am meisten von allen außenhandels-orientiert – und dies zu 50 Prozent zu unseren EG-Nachbarn.

Was muß die zwingende politische Konsequenz aus dieser Erkenntnis sein?: Daß sich die Bundesrepublik ihrer „besonderen Verantwortung" besinnt, „diese Gemeinschaft funktionsfähig zu halten und dies im Rahmen unse-